

NRW-Aktionsbündnis zum Schutz von Feuerwehr- und Rettungskräften zieht Bilanz

Das NRW Aktionsbündnis „Gemeinsam gegen Gewalt – Aktionsbündnis zum Schutz von Feuerwehr- und Rettungskräften“ legte am 16.06.2025 einen aktuellen Projektbericht zum gleichnamigen Aktionsplan vor. Im Plan werden verschiedene Ansätze zur Gewaltprävention und zum praktischen, deeskalierenden Umgang mit Gewaltvorfällen empfohlen. Die beschriebenen Maßnahmen wurden im Rahmen des Projektes evaluiert und werden nun als erfolversprechend bewertet.

Gewalt gegen Einsatzkräfte bleibt ein ernstes Thema. Feuerwehr- und Rettungskräfte sehen sich bei ihrer Arbeit mit mangelndem Respekt und Übergriffen konfrontiert. Auch wenn solche Vorfälle glücklicherweise Einzelfälle sind, ist jede Gewaltanwendung, Beleidigung oder Respektlosigkeit inakzeptabel. Auf Initiative des nordrhein-westfälischen Ministeriums des Innern, des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales, der komba gewerkschaft nrw, der Unfallkasse NRW, des Verbandes der Feuerwehren NRW, des Städtetages NRW, Landkreistages NRW sowie des Städte- und Gemeindebundes NRW wurden seit 2019 umfangreiche Handlungsempfehlungen für alle Bereiche der betroffenen Berufsgruppen erarbeitet. Nun wird Bilanz gezogen.

Maßnahmenpaket mit konkreten Handlungsempfehlungen

Damit die Einsatzkräfte ihren anspruchsvollen Dienst sicher und professionell leisten können, empfiehlt das Aktionsbündnis umfassende präventive Maßnahmen sowie seitens der Arbeitgeber die Einführung eines unbürokratischen Melde- und Erfassungssystems von Gewaltvorfällen. Die Handlungsempfehlungen umfassen außerdem u. a. die verstärkte Sensibilisierung der Öffentlichkeit, spezielle Aus- und Fortbildungskonzepte für Führungskräfte und Schulungen für die Feuerwehr- und Rettungskräfte.

IMEG: Meldesystem für Gewaltvorfälle

Da das Vorhandensein eines leistungsfähigen und unbürokratischen Melde- und Erfassungssystems von Gewaltvorfällen als ein zentraler Bestandteil sinnvoller Maßnahmen identifiziert wurden, konnte mit Finanzierung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ministeriums des Innern die Plattform IMEG entwickelt. IMEG, das "innovative Melde- und Erfassungssystem Gewaltübergriffe", wurde als Leuchtturmprojekt angelegt und hat sich in einem zweijährigen Pilotbetrieb als eine Möglichkeit eines niederschweligen Meldesystems bewährt. Es stellt die Einsatzkraft nach Übergriffen in den Vordergrund und ermöglicht beispielsweise die unbürokratische Erstellung von Strafanzeigen. Mittlerweile beschaffen immer mehr Kommunen in NRW dieses oder vergleichbare Systeme, um auch als Arbeitgeber effektiver auf Gewaltvorfälle zu reagieren und die Nachsorge zu verbessern. Außerdem sorgt das Vorhandensein eines Melde- und Erfassungssystems für mehr Transparenz, indem es konkrete Zahlen, Daten und Fakten aus den unterschiedlichsten Einsätzen liefert.



Gewaltübergriffe bleiben im Blick

Alle Beteiligten des Aktionsbündnisses sehen das Thema der Verhinderung oder Aufbereitung von Gewaltereignissen gegen Einsatzkräfte weiterhin als wichtige Aufgabe, an der kontinuierlich gearbeitet werden muss – auch gesamtgesellschaftlich. Da neben den Einsatzkräften auch Beschäftigte aus anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes und Ehrenamtliche von Gewaltübergriffen betroffen sind, sollen Erkenntnisse auch aus diesen Bereichen in die weitere Arbeit einbezogen werden. Es begrüßt die Beteiligung und Vernetzung mit weiteren Akteurinnen und Akteuren sowie den Ausbau von fachübergreifenden Kooperationen wie z.B. runden Tischen auf kommunaler Ebene. Das Aktionsbündnis wird das Thema weiterhin aktiv verfolgen und sich für den Schutz von Einsatzkräften vor Gewaltanwendungen und Übergriffen stark machen.

Köln/Düsseldorf, 16.06.2025